

«Für aktive Landerwerbspolitik»

Ja zum Verkauf der Baurechtsparzelle Artilleriestrasse sagt ein breit abgestütztes Komitee.

von Mark Liebenberg



Werben vor Ort für den Landverkauf am 24. November: Grossstadträte Martin Egger, Hermann Schlatter, **Rainer Schmidig** und Theresia Derksen (v. l.) Bild Selwyn Hoffmann

Nach der verlorenen Abstimmung über den Landverkauf am Hohberg hat sich beim geplanten Verkauf der Baurechtsparzelle Artilleriestrasse ein breit abgestütztes Bündnis zusammengesetzt, um nach dem Referendum von Alternativer Liste und Juso die neuerliche Verhinderung eines Verkaufs von städtischem Land abzuwehren. **«Der Verkauf ist Bestandteil der städtischen Immobilienstrategie, die in den zuständigen Kommissionen und im Grossstadtrat sehr gut abgestützt ist», meinten Rainer Schmidig EVP** und Beat Brunner (EDU) gestern vor Ort.

Im Portfolio der Stadt befinden sich derzeit 51 Grundstücke im Wert von 21 Millionen Franken, die mit Baurecht belastet sind. Solche ohne strategische Bedeutung soll sie nun verkaufen, um mit dem Erlös – der in einen Rahmenkredit zurückfliesst – andere Grundstücke zu erwerben. «Die Stadt muss eine aktive Landerwerbspolitik betreiben, um ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten», sagte Martin Egger (FDP). Damit würden wichtige Projekte realisiert, etwa für die Ansiedlung von Industriebetrieben. Weitere Beispiele: der Verkauf des Bleiche-Areals oder beispielsweise die Erweiterung der IWC im Merishausertal. Theresia Derksen (CVP) wies darauf hin, dass mit der Immobilienstrategie auch preisgünstiger Wohnraum sichergestellt werde. Warum nun der Verkauf gerade dieser Parzelle richtig sei, erläuterten gestern die anwesenden Vertreter von sieben verschiedenen Parteien: Die Parzelle Artilleriestrasse 12–18 ist ein zwischen den Quartieren Niklausen und Buchthalen gelegenes Grundstück von 7652 Quadratmetern Grösse. Es ist seit 2004 mit einer Laufzeit von 100 Jahren im Baurecht an eine Stockwerkeigentümergeinschaft vergeben. «Das Grundstück ist also bis ins Jahr 2104 blockiert», sagte Res Hauser (Jungfreisinn). Für den Verkauf spricht laut Hermann Schlatter (SVP) weiter, dass das Grundstück keine strategische Bedeutung für die Stadt habe: Erstens ist es jetzt schon überbaut. «Einfach 90 Jahre lang nichts zu tun, ist zweitens keine Alternative und vor allem keine Strategie.» Der Erlös – nach inoffiziellen Schätzungen 3,2 Millionen Franken – fliesst in den Rahmenkredit zurück. Es handle sich nicht um einen «Ausverkauf der Stadt», wie dies AL und Juso behaupten, meinte Schlatter weiter. «Es geht um den Verkauf von verzichtbarem Bauland, um damit die zukünftige Entwicklung der Stadt sicherzustellen.» Mit den Erlösen würden Arbeitsplätze geschaffen sowie wichtige Infrastruktur für die Stadt bereitgestellt.